
Katrin Wülfing

„Wasser im Westen“

Wissenschaftliche Jahrestagung des Brauweiler Kreises
für Landes- und Zeitgeschichte e. V. am 5. März 2021
(Videokonferenz)

Gewässer und ihre Nutzung bewegten (und bewegen) seit jeher die Menschen. Verschiedenste Fragen, etwa der lebensnotwendigen Speicherung und Verteilung von Wasser, des Transports und der Entsorgung, aber auch des Schutzes vor Bedrohungen durch Wasser, galt und gilt es zu diskutieren und zu lösen. Im Fokus der diesjährigen Tagung des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte e. V. stand die Nutzungsgeschichte von Gewässern in Nordrhein-Westfalen. Zum Auftakt der Tagung begrüßte Sabine Mecking (Marburg) als Vorsitzende des Brauweiler Kreises die Anwesenden und führte in das Tagungsthema „Wasser im Westen“ ein. Dabei nahm sie Bezug auf die Bedeutung von Gewässern in Nordrhein-Westfalen und ihre vielfältige Nutzung durch die Menschen. In der anschließenden Keynote unterstrich Dirk van Laak (Leipzig) die Relevanz wassergeschichtlicher Perspektiven und skizzierte die verschiedenen Bedeutungsdimensionen des Wassers. Von der Vormoderne bis zur Gegenwart kann Wasser als ambivalente Ressource betrachtet werden, die in wechselseitigem Verhältnis zu den Menschen stand und steht. Neben der Bedeutung für die Siedlungsgeschichte, der wirtschaftlichen, sozialen und vernetzenden Funktion von Flüssen und temporären Romantisierungen betrachtete er Gewässer auch hinsichtlich ihres Konfliktpotenzials. Verschiedene und sich wandelnde Perspektiven prägten, dies stellte der Referent resümierend fest, den Umgang, die Nutzung und die Wahrnehmung von Meeren und Seen, Flüssen und Bächen. Deutlich zeigte sich – auch in der anschließenden Diskussion –, dass die Betrachtung von Gewässern aus wissenschaftlicher Sicht als vergleichsweise neues Forschungsgebiet zahlreiche inter- und transdisziplinäre Erkenntnisse liefern kann.

Die erste Sektion zum Thema „Flüsse“ wurde von Georg Mölich (Köln) moderiert. Zunächst ging Ralf Banken (Frankfurt a. M.) der Frage nach, inwieweit es sich beim Rhein um eine „natürliche“ Infrastruktur handelt. Er gab einen Über-

blick über die verschiedenen infrastrukturellen Funktionen des Rheins im Laufe der Geschichte, die von der Nutzung des Flusses als Verkehrsweg, Abwasserkanal und Energielieferant bis hin zur Freizeitgestaltung und Erholung reichten. Vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen und – daraus resultierend – den Umformungen des Rheins durch Anwohner, Wasserbauverwaltung und Transportunternehmen kam der Referent schließlich zu dem Ergebnis, dass von einer „natürlichen“ Prägung des Rheins nicht auszugehen ist. Er betonte in diesem Kontext insbesondere die Abhängigkeit der Infrastruktur des Rheins von den Bedürfnissen der Binnenschifffahrt, die stets in Konkurrenz zur Eisenbahn steht. Wenngleich der Rhein als eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas betrachtet werden kann, weist die Geschichte des Rheintransportes noch zahlreiche Forschungsdesiderate auf, wie der Referent abschließend betonte.

Im anschließenden Vortrag befasste sich Wiebke Neuser (Münster) mit der Bocholter Aa. Gegenstand ihrer Betrachtungen war die Frage danach, inwieweit sich seit den 1950er Jahren die wachsende Bedeutung von Natur- und Umweltschutz in Bezug auf den Umgang mit der Aa widerspiegelte. Anhand von politischen Entscheidungen, Gesetzen und Vorgaben arbeitete sie den Wandel der Aa „von abweisend zu einladend“ heraus. Dabei zeigte sich, dass sich allgemeine historische Entwicklungen der deutschen Umweltpolitik auf die Aa übertragen lassen. Auf das die 1950er Jahre prägende Desinteresse an Maßnahmen zum Umweltschutz und wirtschaftliche Erwägungen, die primär Hochwasserschutz und Landwirtschaft berücksichtigten, folgte in den 1970er Jahren ein erstes Umdenken. Motiviert durch Vorstöße der EU zum Natur- und Umweltschutz und die „Entdeckung“ der Aa als Naherholungsgebiet wurden von bundesdeutscher Seite erste Gesetze zum Schutz von Gewässern erlassen, seit den 1980er Jahren begann dann die Renaturierung von Teilabschnitten des Flusses. Europäische Vorgaben und die verstärkte Berücksichtigung von umweltpolitischen Erwägungen wirkten in den 1990er Jahren maßgeblich auf den Umgang mit der Aa ein.

Die zweite Sektion widmete sich den Kanälen im Westen. Die Moderation übernahm Christoph Nonn (Düsseldorf). Olaf Schmidt-Rutsch (Dortmund) zeichnete zunächst die Geschichte des Rhein-Herne-Kanals als „Pulsader des Ruhrgebiets“ nach. Um fehlende Transportwege der florierenden Bergbau- und Schwerindustrie auszugleichen und Abhängigkeiten von der Eisenbahn zu mindern, wurden bereits im 19. Jahrhundert Pläne und Ideen für den Kanalbau entwickelt. Aufgrund verschiedener Faktoren – Gesetzesgrundlagen, Konflikte zwischen privaten und staatlichen Akteuren, begrenzte technische Realisierungsmöglichkeiten etc. – verzögerte sich der Bau des Rhein-Herne-Kanals zunächst immer wieder. Der schließlich 1914 eingeweihte Kanal galt als modern und war

besonders auf die Bedürfnisse des Bergbaus abgestimmt. Der Referent betonte in seinem Vortrag abschließend die durch den Strukturwandel entstandenen Leerräume und die damit einhergehenden Überlegungen für eine Umnutzung des Rhein-Herne-Kanals, etwa als „Kulturkanal“.

Lina Schröder (Würzburg) analysierte in ihrem Vortrag die Diskussion um den Bau des Rhein-Maas-Schelde-Kanals und ging der Frage nach, warum die deutsche Binnenschifffahrt an der Anlegung des Kanals kein Interesse hatte. Unter Einbeziehung von Niklas Luhmanns Differenzierungs- und Medientheorie betrachtete sie zunächst in einem historischen Abriss die Debatte, die in rund 360 Jahren in mehreren Phasen verlief. Sie stellte darauf aufbauend die These auf, dass die Binnenschifffahrt als Teil des Verkehrssystems entsprechend ihrer Funktion die zur Verfügung stehenden Wasserwege über den binären Code „fließen – nicht fließen“ bewertet. Die Binnenschifffahrt lehnte den Bau des Kanals ab, weil ein Fließen nach ihrem Verständnis gegeben war, die Notwendigkeit eines weiteren Verkehrsweges also nicht bestand und andere Erwägungen – beispielsweise die Wirtschaft des Umlandes betreffend – ausgeblendet wurden. Die Referentin verband diesen Gedanken mit der zunehmenden funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft unter der Prämisse der Gleichheit und der Inklusion von Menschen in verschiedene Funktionssysteme.

Die dritte Sektion am Nachmittag zum Thema „Wasserwirtschaft“ wurde von Markus Köster (Münster) moderiert. Mit der bislang in der Forschung kaum beachteten Talsperrenfischerei befasste sich Christian Zumbrägel (Berlin). Anhand westdeutscher Talsperren zu Zeiten des Staudammbooms (1880 bis 1930) rückte er in seinem Beitrag Funktionsanspruch und -realität der Anlagen in den Fokus. Als Kompensationsflächen für verschmutzte und unbrauchbare Flüsse war die Nutzung von Talsperren für Fischereizwecke insbesondere im industriell geprägten Ruhrgebiet von Interesse. Dennoch blieb eine solche Nutzung die Ausnahme, wie der Referent herausstellte. Die Gründe dafür suchte er einerseits in fehlenden Kenntnissen über Öko-Systeme und Fischereipraxis und andererseits im Spannungsverhältnis zur Hauptnutzung der Stauseen z. B. als Trinkwasserspeicher, die sich nicht mit der Fischerei in Einklang bringen ließ. Aufgezeigt wurden resümierend auch die Verflechtungen der Talsperrenfischerei mit dem ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Umfeld.

Im abschließenden Vortrag referierte Christopher Kirschberg (Bochum) zu Emschergenossenschaft und Lippeverband im Nationalsozialismus. Er formulierte die These einer doppelten Spezifität von Abwasser als wichtiger Ressource zur Gewährleistung einer konstanten Entwässerung und Hygiene und der Besonderheit des Montan-Standorts Ruhrgebiet, die zusammen dazu führten, dass die beiden Wasser- und Bodenverbände im Nationalsozialismus einen vergleichs-

weise hohen Grad an Autonomie – und damit Handlungsspielräume – behalten konnten. Gleichwohl, so betonte der Referent, handelte es sich bei der Emschergenossenschaft und dem Lippeverband nicht um widerständige Organisationen. Im Gegenteil wirkten beide Verbände am propagierten Bild der NS-Volksgemeinschaft mit, entließen Mitarbeiter auf Grundlage des „Berufsbeamtengesetzes“, beschäftigten seit Kriegsbeginn Zwangsarbeiter und wirkten damit letztlich systemstabilisierend.

Die verschiedenen Beiträge zeigten mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Zugängen zum Thema „Wasser im Westen“ die Vielschichtigkeit des Themas und seine Bedeutung für Geschichte und Gegenwart auf. Das wechselseitige Zusammenspiel von Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wasser lässt sich, je nach fachwissenschaftlichem Zugang, Quellen und eruiertem Zeitfenster, multiperspektivisch betrachten. Mit dieser wassergeschichtlichen Perspektive können unterschiedlichste Rückschlüsse, etwa über gesellschaftliche und historische Entwicklungen und Zäsuren, Mentalitäten, Konflikte und Dynamiken, im deutschen Westen (und natürlich darüber hinaus) gezogen werden und es entstehen Ansätze für weitere wissenschaftliche Betrachtungen.